

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: **Politische Erwachsenenbildung in Sachsen stärken!**

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

I.

dem Landtag über den aktuellen Stand der politischen Erwachsenenbildung im Freistaat Sachsen und deren Aufgaben, Strukturen, derzeitigen Möglichkeiten und Perspektiven zu berichten;

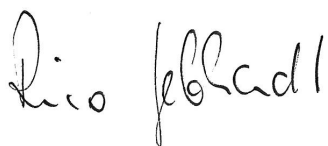
II.

darzulegen, wie die Staatsregierung den Prozess der politischen Bildung in Sachsen steuert und fördert und dabei insbesondere zu erläutern:

1. wie eine stabile und flächendeckende Absicherung der politischen Bildungsarbeit im Freistaat Sachsen umgesetzt wird,
2. welche konkreten Projekte der politischen Erwachsenenbildung durch den Freistaat Sachsen seit dem Jahr 2010 gefördert wurden oder gefördert werden,
3. wie die Zusammenarbeit der Träger der Weiterbildung mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung und dem Staatsministerium für Kultus erfolgt,
4. welche Weiterbildungsangebote es für Multiplikatoren und Freiberuflerinnen und Freiberufler der Demokratie- und politischen Bildung gibt und
5. wie zukünftig die politische Bildung im Freistaat Sachsen ausgebaut wird.

Dresden, den 10. Mai 2016

- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Politische Erwachsenenbildung ist Teil des lebenslangen Lernens. Wer sich und die Welt, in der wir leben, verstehen und Politik mitgestalten will, braucht politische Bildung. Politische Bildung qualifiziert für politisches Engagement und die Übernahme politischer Aufgaben, ist aber auch ein Angebot zur Orientierung und Information. Die Demokratie lebt von der Beteiligung informierter Einwohner und Einwohnerinnen.

„Politische Erwachsenenbildung hat es seit vielen Jahren schwer. Weiterbildungsstatistiken weisen nur geringe Nachfrage und ein geringes Angebot dazu aus. Appelle an Politik und Öffentlichkeit, politische Bildung als notwendige Voraussetzung für Demokratie anzuerkennen, haben daran bisher nichts zu ändern vermocht“, so Klaus Körber, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Erwachsenenbildung in Bremen.

Der Anteil der politischen Bildung an der Weiterbildung in Sachsen nimmt ab. Der Leiter der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Frank Richter, äußerte sich im Februar 2016 über die aktuelle Situation und die Defizite der politischen Bildung in Sachsen. Es gibt zu wenige Dialog- und Beteiligungsformen, insbesondere im ländlichen Raum. Eine qualifizierte Erwachsenenbildung braucht mehr Fachkräfte, Kapazitäten und Zusammenarbeit mit den Trägern der politischen Bildung in Sachsen.

Der Sächsische Volkshochschulverband plädiert im März 2016 mit einem aktuellen Positionspapier mit dem Titel „Für eine leistungsfähige und bürgerschaftliche Erwachsenenbildung“ für eine ebensolche Erwachsenenbildung. U.a. heißt es dort:

„Abgesehen davon, dass in den letzten zehn Jahren keine Erhöhung der Mittel für die Allgemeine Erwachsenenbildung erfolgte und sie seit Jahren bei ca. 6 Millionen Euro liegt – und dies de facto angesichts von Steigerungen der Lebenshaltungskosten und Tarifsteigerungen einer Kürzung der Mittel gleichkommt – fehlt die finanzielle Ausstattung in den Einrichtungen der Erwachsenenbildung für folgende Entwicklungen:

- Benötigt werden Regelungen für eine differenzierte sozialräumliche Betrachtung und Förderung von Erwachsenenbildung – z.B. von dicht und weniger dicht besiedelten sowie strukturschwachen Regionen, wie sie im Landesentwicklungsplan 2013 ausgewiesen sind und als Räume mit besonderem Handlungsbedarf definiert werden. Nur einige wenige Herausforderungen im ländlichen Raum seien hier genannt: Stärkung der Zivilgesellschaft, Aufbau von Dialog- und Begegnungsmöglichkeiten, generationsübergreifende Bildungsangebote, aufsuchende und mobilitätsunterstützende Angebote.

- Der Ausbau einer bürgerschaftlichen Bildungsarbeit (neue Formen der politischen Bildung) zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Ressourcen und Kompetenzen (ehrenamtliches Engagement; Gemeinwohlorientierung). Hier geht es nicht nur um Seminar- und Vortragsangebote, sondern vor allem um neue Dialog-Formate für Begegnungsmöglichkeiten, Austausch und Teilhabe: Bereitstellen von bürgerschaftlichen Ermöglichungsräumen.“